

KURZ NOTIERT

von Michael Stratil

Der Autor ist Sozialwissenschaftler mit dem Forschungsschwerpunkt Demokratie-, Nationalismus- und Integrationsforschung sowie besonderem regionalen Interesse an Malaysia und Singapur.

Lohnabrechnungen für Arbeitsmigranten

Singapurs Arbeitgeber sind seit dem 1. April 2016 verpflichtet, ausländischen Arbeitnehmern Lohnabrechnungen auszuhandigen. Die Abrechnung mit dem Namen des Arbeitgebers, den geleisteten Arbeitsstunden und dem Arbeitslohn ist ein erster Schritt bei der Standardisierung von Arbeitsverhältnissen im Niedriglohnssektor. Von der Vorschrift, die vom Arbeitsministerium erlassen wurde, versprechen sich viele NGOs eine größere Transparenz und Rechtssicherheit für die rund 1,35 Millionen ausländischen Arbeitsmigranten in prekärer Beschäftigung. Das Gros ausländischer Arbeitnehmer stammt aus Indonesien, den Philippinen, Thailand, Bangladesch und China. Die sogenannten *foreign workers* kommen auf Zeit in den 5,5 Millionen Einwohner gro-

ßen Stadtstaat und verdingen sich beispielsweise in der Reinigungs- und Baubranche.

Sie genießen einen marginalen Arbeitnehmerschutz und unterliegen hohen ausländerrechtlichen Vorschriften, so, unter anderen, der Residenzpflicht in den vom Arbeitgeber gestellten Unterkünften oder dem Verbot von Schwangerschaften. Verstöße führen zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses und zum Verweis des Landes. Hinzu kommen Löhne am Existenzminimum sowie eine soziale und physische Segregation in der singapurischen Gesellschaft.

Darüber hinaus häuften sich in den vergangenen Jahren in den sozialen Medien die Berichte über aufgedeckte Betrugsfälle und den systematischen Missbrauch ausländischer Arbeitnehmer. Die Enthüllungen drängten die singapu-

rische Regierung zum Handeln, um ein stets gefürchtetes Aufbrechen der sozialen Verwerfungen in Gewalt zu vermeiden.

Die Schaffung von Transparenz durch verpflichtende Lohnabrechnungen ist folglich ein erster Schritt zur Beseitigung systematisch unbezahlter Arbeitszeit, verdeckter Lohninbehaltung oder überhöhter Versorgungspauschalen für Gemeinschaftsunterkünfte und Verpflegung. Trotz des Lobes für den Gesetzesvorstoß erinnern zivilgesellschaftliche Kritiker, dass sich eine reale Verbesserung erst dann einstellen kann, wenn alle ArbeitnehmerInnen die Möglichkeit erhalten, arbeitsrechtliche und vertragliche Verstöße einzuklagen, was bislang kaum möglich ist.

Ministry of Manpower, 12.4.2016

Gleichstellung für unverheiratete Mütter?

Im Zeichen der Gleichstellung gab das Ministerium für Sozial- und Familienentwicklung im April 2016 bekannt, dass unverheirateten Müttern ab 2017 der gleiche Mutterschaftsurlaub zustehen soll wie verheirateten Frauen. Die weiteren Anpassungen des *Child Development and Co-Savings Acts* beziehen sich neben dem staatlich geförderten Mutterschutz auch auf das Kindergeld und die Möglichkeit, co-finanzierte Sparkonten für Kinder anzulegen. Diese konnten bislang nur verheiratete Frauen nutzen. Die Gesetzesänderung habe unverheiratete Mütter im Blick, die oft jünger und weniger gebildet seien als verheiratete Frauen und daher eines besonde-

ren Schutzes bedürften, so Familienminister Tan Chian-Jin.

Dass Befürworter der Gleichstellung jahrelang auf diese Gesetzesänderung warten mussten, kann mit dem Familienbild verstanden werden, das der singapurischen Familien- und Wirtschaftspolitik zugrunde liegt. Eine singapurische Normalfamilie besteht aus einem Ehepaar – ideal-typischerweise Akademikern – und zwei Kindern. Beide Elternteile sind berufstätig und karrierebewusst: Die Familie als Nukleus der Wissensgesellschaft und nationalen Ökonomie.

Folglich bedeutet die Ausweitung des Mutterschutzes und die stärkere Unterstützung für unverheiratete Frauen keineswegs eine

Aufweichung der Normalfamilie, da eine privilegierende Förderung verheirateter Mütter auch weiterhin besteht. Unverheiratete Frauen haben im Gegensatz zu Verheirateten keinen Anspruch auf Geburtenbeihilfe, Steuererleichterungen oder die Möglichkeit zum Erwerb von öffentlichem Wohnraum, welcher durch das staatliche *Housing and Development Board* verwaltet wird.

Unwahrscheinlich bleiben daher eine mittelfristige Gleichstellung verschiedener Familienkonzepte und die Abkehr von einem Familienbild, das seit den 1960er Jahren gezeichnet und sozialpolitisch untermauert wird.

The Online Citizen, 14.4.2016

Today Online, 13.4.2016